



22.043

**Für ein besseres Leben im Alter
(Initiative für eine 13. AHV-Rente).
Volksinitiative****Mieux vivre à la retraite (initiative
pour une 13e rente AVS).
Initiative populaire***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.03.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Die Volksinitiative "für ein besseres Leben im Alter" mit dem Zusatztitel "Initiative für eine 13. AHV-Rente" wurde am 28. Mai 2021 mit 101 793 gültigen Unterschriften vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereicht. Sie fordert, dass Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente haben. Dieser Zuschlag soll weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führen.

Der Bundesrat beantragt in seiner Botschaft vom 25. Mai 2022, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Er unterbreitet dazu weder einen direkten Gegenentwurf noch einen indirekten Gegenvorschlag. Der Nationalrat hat die Volksinitiative in der Wintersession ohne Gegenvorschlag mit 123 zu 67 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Wir sind also Zweitrat.

Unserer SGK lag ein Mitbericht der FK vor. Die FK beantragt mit 8 zu 4 Stimmen, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, dies insbesondere aufgrund der Finanzlage des Bundes, die keine Ausgabenerhöhungen zulässt, und aufgrund der Tatsache, dass die vorgeschlagene Regelung auf eine bedarfsunabhängige Erhöhung der Mittel hinausläuft und damit dem Grundprinzip der Bedarfsorientierung der Leistungen widerspricht. Unsere Kommission hat die Vorlage am 26. Januar beraten. Neben der Botschaft des Bundesrates standen uns zusätzliche Unterlagen zur Verfügung, wie die Finanzperspektiven der AHV, Statistiken der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sowie Berichte zu Abklärungsaufträgen der Schwesterkommission zu den Auswirkungen auf die Schuldenbremse, zu den Ergänzungsleistungen und zur Verteilwirkung.

Die Verwaltung hatte von der nationalrätlichen Kommission den Auftrag erhalten, Möglichkeiten mit Blick auf die Rentenbezügerinnen und -bezüger mit den kleinsten verfügbaren Einkommen aufzuzeigen, die sich an den Kriterien für den Anspruch auf Ergänzungsleistungen orientieren. Die Verwaltung entwickelte dazu zwei Modelle: Das eine sah eine 13. AHV-Rente für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen vor, das andere eine Anpassung der Rentenformel mit einer vorteilhafteren Komponente für tiefe Einkommen. Mit diesem Modell würde man die Mindestrente erhöhen und die Formel bis zu einem gewissen Betrag verbessern. Das würde aber dazu führen, dass für Personen in der Einkommenstranche zwischen 47 020 und 36 472 Franken – in der AHV wird immer mit dem massgeblichen durchschnittlichen Jahreseinkommen gerechnet – die Rentenformel überhaupt keine Verbesserung brächte. Verbessern würde sich die Situation nur für die tiefen Einkommen.

Eine Anhebung der Mindestrente sieht zwar schön aus, es ist aber kaum produktiv, weil nur sehr wenige Personen bei voller Beitragsdauer in dieser Kategorie sind. Wenn Personen generell eine relativ tiefe AHV-Rente haben, dann liegt das in der Regel nicht daran, dass sie ihr Leben lang durchschnittlich tiefe Einkommen hatten. Vielmehr erwarben sie aus anderen Gründen nicht viel Einkommen, z. B. weil sie keine vollständige Beitragsdauer hatten.



Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch.

Die Initiative hätte für die Bezügerinnen und Bezüger von AHV-Renten positive Auswirkungen: Bei Annahme der Initiative würden sie höhere Leistungen aus der AHV beziehen, wodurch sich ihre finanzielle Situation verbessern würde. Den positiven Folgen stehen jedoch negative Auswirkungen entgegen, insbesondere bezüglich der Finanzierung. Eine Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass die jährlichen Ausgaben der AHV steigen würden. Die Mehrausgaben würden im Jahr 2032 rund 5 Milliarden Franken erreichen. Zusätzliche Ausgaben in dieser Höhe würden die finanziellen Herausforderungen der AHV, die aufgrund der steigenden Lebenserwartung sowie des Übertritts der Babyboom-Generation ins Rentenalter bestehen, noch weiter verschärfen. Bereits unter der geltenden Ordnung ist für die AHV bis ins Jahr 2032 von einem Umlagedefizit von jährlich bis zu 4,7 Milliarden Franken auszugehen. Bei Rentnerinnen und Rentnern aus höheren Einkommensklassen wäre ein solcher Zuschlag sozialpolitisch kaum oder gar nicht gerechtfertigt.

Weil aber die AHV-Rente für einen Teil der Rentnerinnen und Rentner, insbesondere für Frauen, nicht genüge, wurde in der Kommission ein Antrag auf einen weiteren Zusatzbericht gestellt; dies mit dem Ziel, einen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten. Begründet wurde dieser Antrag mit dem Argument, dass rund 20 Prozent der Rentnerinnen und

AB 2023 S 216 / BO 2023 E 216

Rentner nur die AHV hätten, wobei auch eine zweite Säule oft ungenügend sei. Es gebe Frauen in sogenannten Frauenberufen, die eine tiefere Rente aus der zweiten Säule hätten. Die sozialste Möglichkeit, die Situation zu verbessern, wäre also eine Stärkung der AHV. In diesem Kontext müsse auch die 13. AHV-Rente gesehen werden.

Die Kosten der Initiative werden mit 5 Milliarden Franken beziffert, was für viele im Nationalrat als Argument gegen die Initiative ausgelegt wurde. Die Finanzen seien aber immer auch eine Frage der Prioritätensetzung. Wer im Alter ein würdiges Leben führen wolle, brauche eine gute AHV-Rente. Uns wurde signalisiert, dass das Initiativkomitee bereit sei, zu einer Lösung beizutragen, um wenigstens die schwierigsten Situationen zu verbessern.

Ein Antrag, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, wurde in der Kommission mit 9 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Die Kommission erachtet den Zeitpunkt nicht als richtig, um die Leistungen der AHV auszubauen. Es gelte vielmehr, die AHV zu sichern. Die AHV 21 befindet sich in der Umsetzung. Der Bundesrat hat den gesetzlichen Auftrag, bis 2026 eine weitere Revision vorzulegen. Auch der Bevölkerung haben wir erklärt, dass die AHV 21 nur der erste Schritt sei, um die AHV auch mittelfristig zu stabilisieren. Der Mischindex hatte ja dazu geführt, dass die Renten stärker als die Teuerung stiegen.

Zudem haben die Probleme der Betroffenen dank der Ergänzungsleistungen im Vergleich zu früher auch etwas abgenommen. Diese Leistungen stehen den Personen ja zu und sind nicht als Almosen zu betrachten. Angesichts der höheren Lebenserwartung und insbesondere aufgrund des Fachkräftemangels müsste erst über ein längeres Arbeitsleben diskutiert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt gilt der für Artikel 197 Ziffer 12 Absatz 3 der Bundesverfassung vorgesehenen Bestimmung. Dort ist festgehalten, dass der jährliche Zuschlag weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führt. Wenn die Volksinitiative angenommen würde, würde damit eine Ungleichbehandlung von AHV- und von IV-Rentnerinnen und -Rentnern in die Verfassung geschrieben. Eine Ungleichbehandlung von Personen in ähnlichen oder gleichen Verhältnissen wäre verfassungsmässig problematisch. Was würde passieren, wenn jemand diesbezüglich klagen würde? Eine abschliessende Antwort darauf hat die Kommission nicht erhalten.

Aus den genannten Gründen beantragt die Kommission mit 9 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen, die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Argumente der Minderheit habe ich bereits ausgeführt. Ich gehe aber davon aus, dass die Minderheit ihre Argumentation selber noch vorträgt.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Soll ich den Antrag der Minderheit begründen?

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Das können Sie selber entscheiden, Frau Carobbio Guscetti. Ich werde nachher bei der Detailberatung die Mehrheit und die Minderheit noch einmal aufrufen. Sie führen diese Minderheit an. Sie können aber auch jetzt bereits dazu sprechen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): La plupart des personnes de 65 ans et plus vivent en Suisse de l'AVS et du deuxième pilier. Pour 60 pour cent des ménages constitués d'un couple, l'AVS est la principale source de revenu, et pour beaucoup de femmes, la seule source de revenu. Selon l'Office fédéral de la statistique, en 2020, 4,2 pour cent des personnes actives occupées en Suisse, soit 158 000 personnes, étaient touchées



par la pauvreté. Ces personnes travaillent mais, malgré cela, elles sont pauvres. Qu'advient-il d'elles à la retraite?

A ce propos, Pro Senectute tire la sonnette d'alarme sur le problème de la pauvreté dans la population âgée de notre pays. L'association estime qu'en 2022, 295 000 personnes étaient menacées de pauvreté à l'âge de la retraite. Parmi elles, 46 000 se trouvaient dans une situation de pauvreté sans issue. Le taux de pauvreté absolue varie fortement d'un canton à l'autre, allant de 8,4 pour cent dans le canton de Zoug à presque 30 pour cent dans le canton du Tessin. Mais le problème est bien national.

Les raisons en sont multiples; elles vont du niveau d'éducation à la nationalité, en passant par le genre. Les femmes sont en effet presque deux fois plus touchées par la pauvreté que les hommes. Cela s'explique par la répartition du travail, car les femmes exercent souvent à temps partiel pour s'occuper des enfants ou des proches malades, ou encore par les bas salaires des professions typiquement féminines. De ce fait, les femmes ne perçoivent que très peu ou pas de rente de deuxième pilier. On estime qu'un tiers des femmes n'ont pas de deuxième pilier. Elles dépendent donc de l'AVS qui, comme nous le savons, est également insuffisante dans beaucoup de cas, ce qui oblige de nombreuses femmes retraitées à demander des prestations complémentaires.

Il est inacceptable que presque 14 pour cent des personnes âgées de plus de 65 ans en Suisse aient un revenu mensuel inférieur au seuil de pauvreté absolue. Nous aimons penser et présenter notre pays sur le plan international comme un pays où tout le monde se porte bien.

Les chiffres que j'ai évoqués nous montrent le contraire. Nous le savons: la pauvreté a non seulement de graves répercussions sur ceux qui la vivent, sur leurs familles et leurs proches, mais aussi sur la cohésion sociale.

Aujourd'hui, avec le débat sur cette initiative et la décision que nous prenons, nous pouvons choisir de prendre le parti de celles et ceux qui sont vraiment dans le besoin, d'être en faveur d'une société plus forte. Nous pouvons le faire en renforçant l'AVS, afin d'augmenter les pensions, cela aussi parce qu'il faut tenir compte du fait que, pour de nombreuses femmes, l'AVS est la seule rente à laquelle elles ont accès.

Renforcer l'AVS est aussi important pour une grande partie de la population, c'est aussi une décision qui s'impose à nous après les promesses faites, lors de la révision des premier et deuxième piliers et surtout pendant la discussion consacrée à AVS 21, promesses qu'il faut maintenant tenir. Nous avons l'occasion de le faire grâce à cette initiative populaire qui, comme cela a été évoqué par le rapporteur, vise l'octroi d'une treizième rente AVS, ce qui représente une augmentation mensuelle de la rente AVS de 90 francs pour les rentes minimales, 198 pour les rentes maximales et 298 pour les couples mariés. Une augmentation qui est donc assez importante face à l'augmentation du coût de la vie, à l'explosion des primes d'assurance-maladie, à l'inflation et au renchérissement. Même en comparant le rapport coûts/prestations, il est clair qu'il est plus intéressant pour la plupart des personnes de soutenir l'AVS plutôt que d'investir dans la prévoyance privée.

Mais, face à ces chiffres, on l'a entendu de la part du rapporteur, la commission, comme le Conseil national, a décidé de ne pas présenter de contre-projet. Il avait pourtant été proposé de discuter d'un contre-projet indirect. Il y avait même une proposition, cela a été dit par le rapporteur, de demander un rapport visant à améliorer la situation des femmes, et une discussion sur la nécessité de renforcer les prestations complémentaires. Cela aurait pu être le contenu d'un contre-projet, mais cela n'a pas été le cas. Le Conseil national d'abord, puis notre commission ensuite, y a renoncé.

Eppure, rafforzare l'AVS e rafforzarla tramite una tredicesima rendita è certamente un sistema efficace per lottare contro la povertà nella popolazione anziana, ma anche per rafforzare la situazione di molte pensionate e molti pensionati. Attualmente, e senza interventi urgenti, le rendite AVS perdono costantemente valore a fronte dei costi fissi della vita che non cessano di aumentare – penso agli affitti e ai premi cassa malati, ma penso anche globalmente alle rendite pensionistiche con le diminuzioni importanti delle rendite del secondo pilastro.

L'Unione sindacale svizzera stima che entro il 2024 ci sarà una perdita del potere d'acquisto della rendita dell'8 per cento. È una situazione che dev'essere affrontata prima che si avveri! Con l'introduzione della tredicesima rendita si può

AB 2023 S 217 / BO 2023 E 217

aumentare in modo lineare dell'8,3 per cento l'insieme delle rendite vecchiaia.

Faccio qualche esempio prima di concludere: una coppia di agricoltori con tre figli e un salario di 3000 franchi ciascuno, avrebbe diritto a una rendita AVS di 3384 franchi. Con la tredicesima AVS vi si aggiungerebbero 282 franchi al mese. Per una venditrice di una grande catena di negozi che lavora al 50 per cento e un conduttore di tram, con un figlio a carico, avrebbero una rendita di 3585 franchi, e l'aumento con la tredicesima AVS sarebbe



di 299 franchi al mese. Sono degli importi importanti che fanno la differenza nel budget di queste famiglie durante la pensione.

Ecco perché vi chiedo in nome della minoranza di sostenere l'iniziativa "per la tredicesima AVS".

Nel dibattito di entrata in materia ho esposto la situazione attuale, spiegando perché è necessario rafforzare le rendite AVS. Adesso, per non fare un secondo intervento, vi invito a seguire la minoranza e a raccomandare di approvare l'iniziativa popolare, perché la Costituzione indica che le rendite devono coprire adeguatamente il fabbisogno vitale, e attualmente non è più così.

Visto che non abbiamo preso dei provvedimenti efficaci per rimediare a questa situazione – né nelle revisioni dell'AVS né in quella in corso del secondo pilastro, della LPP –, oggi dobbiamo approvare con convinzione questa iniziativa. È un'iniziativa importante per la popolazione anziana, per chi ha lavorato contribuendo alla ricchezza del nostro paese. È importante per rafforzare la coesione nazionale e sociale, la solidarietà e anche l'economia. È quindi importante arrivare a un rafforzamento delle rendite AVS, e questo passa appunto per l'introduzione di una tredicesima rendita AVS.

Vi invito quindi a seguire la minoranza che rappresento e a sostenere l'iniziativa.

Berset Alain, président de la Confédération: Si j'ai bien compris, nous faisons donc un seul débat, sur la proposition de la majorité de la commission et celle de la minorité de la commission. Je vais donc m'exprimer globalement sur l'initiative populaire et ne me réannoncerai pas pour prendre la parole dans la suite du débat. L'initiative qui vous est soumise est connue. Il faut voir le contexte. Il y a un contexte dans lequel nous avons en fait deux initiatives populaires contenant des propositions concernant l'AVS. Il y a la première (22.043), celle dont vous débattiez maintenant, qui vise à ajouter aux douze rentes mensuelles du droit en vigueur une treizième rente. Elle aurait comme conséquence, toutes choses égales par ailleurs, une augmentation des dépenses de l'AVS d'environ 8 pour cent, un treizième environ. Il y a la seconde (22.054), que vous examinerez tout à l'heure, qui vise, pour le formuler de manière un peu générale, à lier l'âge de la retraite à l'espérance de vie. Comme l'espérance de vie n'a fait depuis longtemps qu'augmenter – à part quelques moments un peu particulier, notamment durant la pandémie –, on s'attend à ce que l'âge de la retraite augmentant, et toutes choses égales par ailleurs, les dépenses de l'AVS soient moins élevées par rapport au statu quo.

Nous sommes donc en présence de deux initiatives qui ont des conséquences financières qui s'opposent. Je vais parler de la première, mais vous devez comprendre que, quand le Conseil fédéral a mené la discussion, il l'a menée dans un ensemble et que ce n'est pas un hasard s'il a proposé de recommander le rejet des deux initiatives; ce n'est pas un hasard non plus s'il propose de recommander le rejet sans leur opposer un contre-projet.

Il y a une logique à cela. Nous sommes depuis longtemps dans une situation dans laquelle il ne s'agit plus simplement, concernant l'AVS, de redistribuer les fruits de la croissance. On peut penser à celles et ceux qui nous ont précédés, qui vous ont précédés dans cette salle. Jusqu'aux années 1990, la situation était assez simple: il y avait chaque année une meilleure situation que l'année précédente – c'est une évaluation un peu grossière; il y a eu des moments où c'était un peu plus compliqué. Mais globalement, sur trente ou quarante ans, les améliorations ont été constantes. Chaque fois qu'un projet était présenté, c'était pour une augmentation des rentes, l'abaissement de l'âge de la retraite. Cela nous paraît presque inconcevable aujourd'hui, parce que, depuis une trentaine d'années, c'est une autre situation qui se présente.

Depuis une trentaine d'années, avec le changement démographique et la génération de ceux qu'on appelle les baby-boomers, qui atteignent l'âge de la retraite, nous sommes confrontés à un enjeu extrêmement important dans le système de répartition. Cet enjeu est le suivant: le rapport entre les actifs et les retraités change fortement en faveur des retraités et en défaveur des finances de l'AVS. C'est l'enjeu auquel nous sommes confrontés aujourd'hui.

Nous avons réussi, en vingt-sept ans, à faire deux réformes de contenu de l'AVS. Ce n'est pas beaucoup parce que, auparavant, il y en avait une tous les cinq ans environ: quand ça allait bien, c'était plus facile. Il y a eu une réforme en 1995, et ensuite plus rien jusqu'à l'automne dernier. Rien durant vingt-sept ans, puis, à l'automne dernier, en septembre 2022, il y a eu une réforme assez conséquente, avec l'élévation de l'âge de la retraite des femmes et une flexibilisation en général dans le domaine de l'AVS, pour mieux tenir compte de la situation actuelle de la société et du marché du travail. Il y a eu en parallèle une augmentation de la TVA pour apporter plus de recettes à l'AVS et stabiliser sa situation financière.

Ce contexte incite le Conseil fédéral à être très prudent et assez modeste par rapport à l'idée de toucher ici ou là, pour toutes sortes de motifs, à d'autres éléments. C'est la raison pour laquelle nous avons proposé de recommander le rejet des deux initiatives populaires – je crois que si cette logique vaut pour celle-ci, elle vaudra aussi pour l'objet suivant de l'ordre du jour; il faut être clair – sans leur opposer de contre-projet, parce



que nous estimons qu'avec les mesures qui ont été prévues par le Conseil fédéral et le Parlement, tout a été mis sur les rails. Il n'y a pas besoin d'autres modifications pour avancer. C'est la raison pour laquelle nous avons proposé de recommander le rejet de ces deux initiatives.

Ce que je peux vous dire encore, c'est que le résultat de la votation de septembre dernier doit nous inciter à une certaine modestie – je répète encore une fois ce terme dans la discussion.

En effet, tout le monde disait: "Il y a longtemps que c'est évident qu'il faut faire cette réforme." Oui, il y avait longtemps que c'était évident, mais il a fallu attendre – le 22 septembre dernier, je crois – le résultat du dernier canton à la fin de l'après-midi pour parvenir de justesse à une majorité pour cette réforme. Donc, tout ce qui semblait relativement évident – "oui, cela fait longtemps que cela devrait être absolument accepté" – était en fait tout sauf une évidence, lorsqu'il s'agissait de trouver une majorité devant le peuple.

Donc, aujourd'hui, alors que vous aurez encore cette semaine une discussion sur la LPP et le deuxième pilier, que les discussions relatives au premier et au deuxième piliers ne peuvent pas être complètement séparées l'une de l'autre, que vous avez ce matin en discussion deux initiatives populaires qui concernent le premier pilier, tout en devant réussir une réforme du deuxième pilier, il faut peut-être revenir à quelque chose d'un peu plus simple à la base et rester sur une ligne. Cette ligne est celle définie par le Conseil fédéral et le Parlement: il s'agit de ne pas se concentrer sur des modifications de l'AVS, mais de faire la réforme du deuxième pilier, puis un bilan, et d'examiner ensuite comment on poursuit en tenant compte de l'évolution de la société, du changement démographique et de l'évolution de notre économie.

C'est avec cette argumentation que le Conseil fédéral vous invite à suivre une ligne claire. Cette ligne claire consiste à poursuivre ce qui a été commencé et donc à ne pas soutenir aujourd'hui des initiatives populaires – cela vaut pour celle-ci et cela vaudra pour la suivante. Je vous invite donc – concernant les deux initiatives, mais je commence par la première – à suivre la proposition de votre commission.

AB 2023 S 218 / BO 2023 E 218

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "Mieux vivre à la retraite (initiative pour une 13e rente AVS)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Stöckli)

... die Initiative anzunehmen.

**Art. 2***Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Stöckli)

... d'accepter l'initiative.

Graf Maya (G, BL): Ich möchte hier gerne kurz Stellung nehmen und sagen, dass ich der Minderheit angehöre und die Initiative unterstützen möchte, und zwar aus den folgenden Gründen:

200 000 ältere Menschen in unserem Land können von der AHV kaum leben. Sie sind also akut von Armut betroffen, das ist unseres reichen Landes mit einem so ausgeklügelten Sozialversicherungssystem unwürdig. Dann haben wir bei der AHV die Situation, dass 20 Prozent zwar sehr gut mit der AHV leben können, dass aber 20 Prozent nur von der AHV leben müssen. Sie wissen: Nur von der AHV zu leben, ermöglicht wirklich nur ein sehr bescheidenes Leben, wenn man von einer durchschnittlichen AHV-Rente von 1800 Franken ausgeht. Weiter müssen heute 22 Prozent der AHV-Rentnerinnen und -Rentner in äusserst prekären Verhältnissen leben. 5 Prozent der AHV-Rentnerinnen und -Rentner haben überhaupt nur 500 Franken pro Monat zur Verfügung für Essen, Pflege und alles, was eigentlich ein Leben in Würde ausmacht.

Aus diesen Gründen hätte ich mir sehr gewünscht – ich habe das in der Kommission auch vorgeschlagen –, dass wir versucht hätten, mit einem indirekten Gegenvorschlag wenigstens die Minimalrenten von heute 1400 Franken zu erhöhen und wenigstens dort mit etwas höheren AHV-Renten zu helfen, wo die Not bei der älteren Bevölkerung heute wirklich gross ist. Ich finde, in unserem Land sollten wir es nicht zulassen, dass wir Altersarmut haben, dass viele Menschen – wir sprechen hier von ungefähr 200 000 älteren Menschen – wirklich jeden Tag schauen müssen, ob das Geld noch für das Nötigste reicht.

Die Initiative beruft sich auch auf den Verfassungsauftrag, dass die Altersrenten der ersten Säule den Existenzbedarf der Rentnerinnen und Rentner angemessen decken sollen. Diesem Verfassungsauftrag werden wir heute leider nicht gerecht. Er ist von zentraler Bedeutung, vor allem für diejenige Hälfte der Bevölkerung, die mit der AHV in sehr, sehr bescheidenen oder sogar armutsgefährdeten Situationen leben muss.

Aus diesen Gründen werde ich diese Initiative unterstützen und mich dafür einsetzen, dass wir hier wenigstens mit einer 13. AHV-Rente – die dann natürlich alle bekommen würden, das ist das System der AHV – einen Beitrag leisten und vor allem den tiefen bis mittleren Einkommensklassen zu einer angemessenen finanziellen Absicherung im Alter verhelfen können.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Ich habe in meinem einleitenden Votum ausgeführt, dass der Kommission bei der Beratung dieses Geschäfts verschiedene Unterlagen zur Verfügung standen. Es standen ihr auch Unterlagen zur Verfügung, welche die Schwesterkommission in Auftrag gegeben hatte. Die Verwaltung hatte aufgrund dieses Auftrags ja gerechnet und Modelle entwickelt, wie man die AHV-Rente anders ausgestalten könnte. Ich habe beispielsweise das Mittel einer Anpassung der Rentenformel erwähnt, das war eine Variante. Eine weitere Variante zielte darauf ab, zu versuchen, die tieferen AHV-Renten zu verbessern. Die Lösungen, die dabei herauskamen, waren in sich nicht stringent und nicht förderlich. Deshalb haben wir diese Modelle nicht übernommen.

Wir sahen auch keine Notwendigkeit für weitere Aufträge, weil keine Modelle skizziert werden konnten, die dem Anliegen, welches Kollegin Graf erwähnt hat, gerecht geworden wären. Es wurde uns zum Beispiel auch gesagt, dass Leute nicht deshalb eine ganz tiefe AHV-Rente erhalten würden, weil sie ihr Leben lang durchschnittlich tiefe Einkommen hatten, sondern vielmehr aus anderen Gründen, zum Beispiel weil sie nicht die volle Beitragsdauer erreicht haben. Ich glaube, die Leute sind irgendwo auch verpflichtet, zu schauen, dass sie eine lange Beitragsdauer erreichen, und zu versuchen, Lücken zu schliessen. Wir können natürlich nicht generell am Schluss überall korrigierend eingreifen.

Kollegin Graf sagte, man solle der Initiative zustimmen. Schlussendlich wäre das aber einfach auch sozialpolitisch falsch, weil höhere Einkommensklassen ebenfalls eine solche 13. AHV-Rente bekämen. Ich glaube, es ist wirklich nicht gerechtfertigt, quasi mit der Giesskanne für alle eine 13. AHV-Rente einzuführen.

Mit diesen Überlegungen empfehle ich Ihnen, dem Entwurf des Bundesrates, dem Beschluss des Nationalrates und auch dem Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2023 • Elfte Sitzung • 15.03.23 • 08h30 • 22.043
Conseil des Etats • Session de printemps 2023 • Onzième séance • 15.03.23 • 08h30 • 22.043



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.043/5712)

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 10 Stimmen

(1 Enthaltung)

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

AB 2023 S 219 / BO 2023 E 219

